

^{*}Sibylle Parduhn-Furch und Kerstin Nacher sind Mitarbeitende der Bildungsabteilung der Deutschen Rentenversicherung Bund

Herausgegeben von der Deutschen Rentenversicherung Bund 2160 Berufliches TrainingsCenter – Bereich Fachliche Trainings Die Bildungsabteilung Berlin-Wilmersdorf, Dienstgebäude Hohenzollerndamm 46-47, 10713 Berlin Deutsche Rentenversicherung Bund, 10704 Berlin

Ansprechpartnerin: Cornelia Marweld

0160-144 05 18, fachliche-trainings-postkorb@drv-bund.de

Stand: 01.07.2025

Inhalt

1	Ost – West- Angleichung	4
1.1	Rentenberechnung	
1.2	Versorgungsausgleich	
2	Höherer Steueranteil für Neurentner	6
3	Beitragsabzug zur Pflegeversicherung	7
4	Es bleibt spannend	9
4.1	4. Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV)	9
4.2	Koalitionsvertrag – vereinbarte Ziele	9
4.2.1	Rentenniveau	
4.2.2	Altersrente für besonders langjährig Versicherte	
4.2.3	Anreize für Arbeiten neben der Rente	
4.2.4 4.2.5	Stärkung des Grundsatzes "Prävention vor Reha vor Rente"	
5	Nicht neu, aber trotzdem interessant	11
5.1	Zuschlag nach § 76d SGB VI aus Beiträgen nach Altersrentenbeginn	
5.2	Auslaufen der Übergangsregelung § 264d SGB VI beim Zugangsfaktor	11
5.3	Rentenzuschlag bei den Erwerbsminderungsrenten - Hinweise	11
5.4	Maschinelle Umwandlung der Renten wegen Erwerbsminderung in	
	Regelaltersrenten	12
6	Abbildungsverzeichnis	14

1 Ost – West- Angleichung

Abbildung 1

In den letzten Jahren haben sich die Werte des Beitrittsgebiets kontinuierlich den Werten des Bundesgebiets angenähert beziehungsweise bereits erreicht.

Zum 01.01.2025 ist damit im Bereich der Rentenversicherung die Einheit vollendet. Was bedeutet das nun für die Leistungsgewährung? Das wird nachfolgend erläutert.

1.1 Rentenberechnung

Zum 01.07.2024 wurde die Vorschrift des § 254 d SGB VI neu gefasst. Seit diesem Zeitpunkt ist die Bezeichnung "Entgeltpunkte (Ost)" Geschichte. Alle Entgeltpunkte haben nun die gleiche Bezeichnung "Entgeltpunkte". Eine Aufteilung nach Ost und West ist nicht mehr erforderlich.

Bereits zum 01.07.2023 erreichte der aktuelle Rentenwert (Ost) das Niveau des aktuellen Rentenwerts. Es wurde aber immer noch vom aktuellen Rentenwert (Ost) gesprochen, seit 01.07.2024 gibt es nur noch einen aktuellen Rentenwert.

Für Zeiten ab 01.01.2025 entfällt für die Ermittlung von Entgeltpunkten die Hochwertung der Beitragsbemessungsgrundlage mit der Anlage 10 nach § 256 a SGB VI.

Ebenso ist ab 01.01.2025 der Durchschnittsverdienst aller Versicherten zur Ermittlung von Entgeltpunkten gleich.

1.2 Versorgungsausgleich

Beim Versorgungsausgleich konnte es in den Fällen, in denen im Konto Entgeltpunkte und Entgeltpunkte (Ost) vorhanden waren, dazu kommen, dass ein Abschlag nicht oder nicht vollständig abgezogen werden konnte. Dies war zum Beispiel denkbar, wenn nach Beginn einer Rente weitere Entgeltpunkte erworben wurden, die beim Versorgungsausgleich zu berücksichtigen waren. Aber auch Rechtsänderungen, die sich im Leistungsfall auf die Entgeltpunkte auswirken konnten, konnten dazu führen, dass ein Malus nicht mehr vollständig berücksichtigt werden konnte.

Beispiel:

Zum Zeitpunkt der Einleitung des Versorgungsausgleichsverfahrens wird eine Rente wegen Erwerbsminderung auf Zeit bezogen. Grundlage für die Erteilung der Auskunft über die Rentenanwartschaft in der Ehezeit ist eine fiktive Altersrente, weil die

Erwerbsminderungsrente nicht auf Dauer bezogen wird. In der tatsächlich bezogenen Erwerbsminderungsrente waren nur Entgeltpunkte (Ost) enthalten, davon entfielen auf die Ehezeit 10,0000 Entgeltpunkte.

Nach dem Leistungsfall der Erwerbsminderung wurden weitere Anrechte erworben, so dass sich in der fiktiven Altersrente nun auch Entgeltpunkte "West" ergaben, Ehezeitanteil 1,5000 Entgeltpunkte. Da dem Familiengericht für den Ehezeitanteil alle Entgeltpunkte mitgeteilt wurden, waren nach der Entscheidung des Gerichts sowohl Entgeltpunkte als auch Entgeltpunkte (Ost) auszugleichen.

Danach sind 5,0000 Entgeltpunkte (Ost) und 0,7500 Entgeltpunkte abzugeben. Da aber in der aktuell bezogenen Rente keine Entgeltpunkte vorhanden waren, konnte bisher nur der Abschlag von 5,0000 Entgeltpunkten bei den Entgeltpunkten (Ost) berücksichtigt werden. Der Abschlag bei den Entgeltpunkten wäre erst beim nächsten Leistungsfall (Alter) zu beachten gewesen.

Mit der Umbenennung der Entgeltpunkte (Ost) in Entgeltpunkte ab 01.07.2024 ist nun eine Gesamtsumme an Entgeltpunkten vorhanden, von der jetzt der Abschlag komplett abgezogen werden kann. Die betroffenen Fälle werden der Sachbearbeitung angezeigt und werden neu berechnet.

Auf das obige Beispiel bezogen bedeutet das, dass nun insgesamt 5,7500 Entgeltpunkte abgezogen werden.

Betroffene Vorgänge wurden in Suchläufen ermittelt und die entsprechenden Neuberechnungen durchgeführt.

Im Einzelfall noch auftretende Fälle werden nach Anhörung des Rentenberechtigten für die Zukunft aufgehoben.

2 Höherer Steueranteil für Neurentner

Abbildung 3

Wer 2024 neu in den Ruhestand geht, muss einen höheren Anteil seiner Rente versteuern. Ab Januar 2025 steigt der steuerpflichtige Rentenanteil von 83 auf 83,5 Prozent. Somit bleiben 16,5 Prozent der ersten vollen Bruttojahresrente steuerfrei. Bestandsrenten sind hiervon nicht betroffen.

Der Gesetzgeber hat den steuerpflichtigen Rentenanteil rückwirkend ab 2023 nur noch in Schritten von jeweils einem halben Prozentpunkt zu erhöht.

Komplett zu versteuern, sind Renten durch das Wachstumschancengesetz erst ab dem Renteneintrittsjahr 2058.

3 Beitragsabzug zur Pflegeversicherung

Abbildung 4

Seit 01.07.2023 gilt das Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz.

Danach wurden zur weiteren Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung der allgemeine Beitragssatz für Versicherte mit einem Kind und der Zuschlag für Kinderlose erhöht. Gleichzeitig wurde aber eine Entlastung für Versicherte, die mehr als ein Kind haben, eingeführt. Diese weitere Entlastung ist aber an die Bedingung geknüpft, dass es sich dabei um Kinder handeln muss, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Für das 2. bis 5. Kind wird der allgemeine Beitrag jeweils um 0,25 Prozentpunkte abgesenkt. Ab dem 5. Kind ist keine weitere Entlastung vorgesehen.

Der verminderte Beitrag wird jeweils bis zum Ablauf des Monats der Vollendung des 25.Lebensjahres berücksichtigt, ohne dass sich das Kind noch in Ausbildung befinden muss, abweichend von der Kindergeldprüfung oder Familienversicherungsprüfung. Die Verminderung des Beitrags gilt auch für verstorbene Kinder, solange sie das 25.Lebensjahr noch nicht vollendet hätten.

Haben alle Kinder das 25. Lebensjahr vollendet, gilt dauerhaft der allgemeine Beitragssatz für Versicherte mit einem Kind.

Die Beitragstragung des allgemeinen Beitrages, also mit der Berücksichtigung eines Kindes, erfolgt für Arbeitnehmer paritätisch. Ab 01.07.2023 jeweils 1,7 Prozent.

Der Zuschlag für Kinderlose ist von den Versicherten in voller Höhe allein zu tragen.

Die Minderung für das 2. bis 5. Kind erfolgt in voller Höhe zugunsten der Versicherten.

Für Versicherte mit fünf zu berücksichtigenden Kindern sinkt der Anteil am Beitrag damit auf 0,7 Prozent. Für Rentenberechtigte, die den Beitrag zur Pflegeversicherung in voller Höhe allein tragen, beträgt damit der Beitrag bei 5 Kindern 2,4 Prozent (davon 1,7 Prozent Anteil am allgemeinen Beitragssatz, den sonst der Arbeitgeber tragen würde).

Zum 07.04.2025 ist ein Datenaustauschverfahren unter Beteiligung des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt) und zentralen Stelle für Altersvermögen (ZfA) eingeführt worden, mit dem die Anzahl der Kinder als auch der jeweilige Gültigkeitszeitraum gemeldet werden. Die Meldungen, die dabei vom BZSt erfolgen, beruhen hauptsächlich auf der Übermittlung

Die Meldungen, die dabei vom BZSt erfolgen, beruhen hauptsächlich auf der Ubermittlung von Daten aus den Meldebehörden und den Finanzämtern.

Die angegebene Kinderanzahl ermittelt sich aufgrund der vorliegenden steuerlichen Daten und der diesbezüglichen Eltern-Kind-Beziehungen.

Aussagen werden nur für Zeiträume ab 01.07.2023 getroffen.

Für die bloße Feststellung, ob überhaupt die Elterneigenschaft vorliegt, wird vom BZSt mitgeteilt, ob und ab wann ein Kind vorhanden ist oder war - unabhängig vom Alter des Kindes.

Werden keine Daten zur Elterneigenschaft übermittelt, ist ein Beitragszuschlag für Kinderlose zu erheben.

In den Fällen, in denen keine Übermittlung möglich ist, wie zum Beispiel bei Stiefkindern, die nicht steuerlich bei Berechtigten berücksichtigt werden, ist der Nachweis durch die Berechtigten zu erbringen.

Der seit 01.07.2023 zu viel gezahlte Beitrag wird zum 01.07.2023 erstattet und verzinst.

Seit dem 01.01.2025 ist der Beitrag zur Pflegeversicherung um weitere 0,2 Prozent angehoben worden. Somit beträgt der allgemeine Beitragssatz 3,6 Prozent, für Kinderlose 4,2 Prozent.

Da die entsprechende Verordnung (Pflege-Beitragssatz-Anpassungsverordnung 2025) erst im Dezember vom Bundestag beschlossen wurde, war eine Berücksichtigung zum 01.01.2025 nicht möglich.

Daher wird zum 01.07.2025 die rückwirkende Berücksichtigung des verminderten Pflegebeitrags wegen Kindererziehung von mehr als einem Kind sowie die Beitragserhöhung vom 01.01. bis 30.06. in einer Summe ausgewiesen. Dies erfolgt zusammen mit der Rentenanpassung.

Für Berechtigte, die den allgemeinen Beitragssatz zahlen – somit nicht kinderlos sind - bedeutet dies, dass der Beitrag zur Pflegeversicherung einmalig im Juli 4,8 Prozent beträgt, und zwar unabhängig vom Rentenbeginn.

4 Es bleibt spannend...

Abbildung 5

In der Ampel-Koalition angedachte Maßnahmen konnten durch das Scheitern der Regierung nicht mehr zum Abschluss gebracht werden.

Vorhaben, die noch auf den Weg gebracht wurden, sind nachfolgend aufgeführt. Des Weiteren erhalten Sie einen Überblick, was im Koalitionsvertrag im Hinblick auf die Rente vereinbart wurde.

4.1 4. Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV)

Mit dem 4. Bürokratieentlastungsgesetz vom 23.10.2024 ist bezüglich der Einkommensanrechnung beim Zuschlag an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung das Überprüfungsrecht nach § 151 c SGB VI gestrichen worden. Damit entfällt die Möglichkeit der Anfrage beim Bundeszentralamt für Steuern zur Ermittlung von Kapitaleinkünften bei Kreditinstituten.

Bisher konnten im Rahmen einer Zufallsauswahl für Berechtigte, bei denen ein zahlbarer Betrag beim Zuschlag an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung besteht, entsprechende Anfragen gestellt werden, um gegebenenfalls Missbräuche aufzudecken. Anfragen durften frühestens drei Kalendermonate nach Absendung des Rentenbescheides gestellt werden. Damit entfällt auch der Hinweis im Bescheid auf die Überprüfungsrechte. Gestrichen wird dementsprechend der bisherige Satz 3 zum 01.01.2025 im § 97 a Absatz 6 SGB VI.

4.2 Koalitionsvertrag – vereinbarte Ziele

Im Koalitionsvertrag, der am 05.05.2025 von den beteiligten Parteien unterzeichnet wurde, sind verschiedene Maßnahmen angedacht, die zum einen das Rentenniveau betreffen, zum anderen dem Fachkräftemangel entgegenwirken sollen.

Im Folgenden werden nur die Ziele genannt, die die gesetzliche Rentenversicherung betreffen. Auf geplante Maßnahmen zur betrieblichen Altersvorsorge und zur Frühstart-Rente wird nicht eingegangen.

4.2.1 Rentenniveau

Das Rentenniveau soll bis 2031 bei 48 Prozent abgesichert werden, wobei entstehende Mehrkosten mit Steuermitteln ausgeglichen werden sollen.

Da nur eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, eine hohe Beschäftigungsquote und eine angemessene Lohnentwicklung die dauerhafte Finanzierung gewährleisten, ist für das Jahr 2029 ist eine Evaluation im Hinblick auf diese Faktoren vorgesehen, um zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen sind.

4.2.2 Altersrente für besonders langjährig Versicherte

Ein abschlagfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren soll auch weiterhin möglich bleiben. Allerdings wurde im Koalitionsvertrag nicht das Lebensalter festgeschrieben. Es wäre also denkbar, dass eine Anhebung der Altersgrenzen vorgenommen wird.

4.2.3 Anreize für Arbeiten neben der Rente

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, aber auch um die Beitragszahlungen zu erhöhen, sind mehrere finanzielle Anreize geplant.

So sollen Arbeitnehmer, die das gesetzliche Rentenalter erreichen und freiwillig weiterarbeiten, ihr Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei erhalten.

Bei Hinterbliebenen möchte man auch die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessern, hier auch noch mit dem Ziel, dass die Hinterbliebenen dadurch ihre eigene Altersversorgung optimieren.

Ebenso soll bei der Grundsicherung im Alter geprüft werden, wie die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessert werden können.

4.2.4 Stärkung des Grundsatzes "Prävention vor Reha vor Rente"

Mit Rehabilitationsleistungen sollen künftig diejenigen zielgenauer erreicht werden, die bereits eine befristete Erwerbsminderungsrente beziehen.

Die Beantragung von Leistungen soll möglichst einfacher, barrierefrei und digital erfolgen können.

Der gemeinsame Grundantrag für Reha- und Teilhabeleistungen soll vorangetrieben werden. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement soll, auch aufgrund zunehmender psychischer Erkrankungen, bekannter gemacht werden.

Um Klarheit und Verbindlichkeit zu schaffen, soll das Verfahren zur Feststellung der Erwerbsfähigkeit beschleunigt werden.

4.2.5 Mütterrente III

Mit der Mütterrente III soll es drei Entgeltpunkte geben, unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder. Mit der ausgeweiteten Mütterrente wird die Anrechnungszeit für Kindererziehungszeiten bei vor 1992 geborenen Kindern in der gesetzlichen Rentenversicherung von zweieinhalb auf drei Jahre erhöht. Dies soll gleiche Wertschätzung und Anerkennung für alle Mütter gewährleisten. Die Finanzierung soll ebenfalls aus Steuermitteln erfolgen, da sie eine gesamtgesellschaftliche Leistung abbildet. Das Projekt Mütterrente III soll nun bereits zum 1. Januar 2027 laut Einigung der Koalitionspartner ausgeweitet werden. Sollte die technische Umsetzung nicht rechtzeitig möglich sein, werde die Zahlung rückwirkend erfolgen.

5 Nicht neu, aber trotzdem interessant

Abbildung 6 und 7

5.1 Zuschlag nach § 76d SGB VI aus Beiträgen nach Altersrentenbeginn

Für Beiträge nach dem Altersrentenbeginn werden das erste Mal die Zuschläge daraus mit Erreichen der Regelaltersgrenze berechnet.

Für das Jahr der Vollendung der Regelaltersgrenze gilt dabei allerdings folgende Besonderheit: Liegt bis zum Ende des Monats des Erreichens der Regelaltersgrenze die Entgeltmeldung einer geringfügigen Beschäftigung (versicherungsfrei oder versicherungspflichtig) noch nicht vor, werden die Zuschläge erst zur Rentenanpassung des Folgejahres rückwirkend berechnet. Eine Ermittlung der Entgelte der durch die Sachbearbeitung hat in diesen Fällen nicht zu erfolgen, es ist die maschinelle Meldung maßgeblich.

Diese darf vor Ermittlung der Zuschlagsentgeltpunkte pauschal nach § 123 Abs. 3 SGB VI aufgeteilt werden.

5.2 Auslaufen der Übergangsregelung § 264d SGB VI beim Zugangsfaktor

Der Zugangsfaktor bei Erwerbsminderungsrenten wird gemäß § 77 SGB VI gemindert, sofern die Rente vor der Vollendung des 65. Lebensjahres beginnt. Der Beginn des Minderungszeitraums ist die Vollendung des 62. Lebensjahres. Damit beträgt der Minderungszeitraum maximal 36 Monate beziehungsweise 10,8 Prozent. Nach § 77 Absatz 4 SGB VI ist für die Bestimmung des Minderungszeitraums aber das 60. beziehungsweise 63. Lebensjahr maßgeblich, wenn Versicherte 40 Jahre Wartezeit nach § 51 Absätze 3 und 4 und nach § 52 Absatz 2 SGB VI, also Zeiten die für die Wartezeit der Altersrente für besonders langjährig Versicherte mitzählen, zurückgelegt haben. Bei einem Rentenbeginn bis 31.12.2023 galt § 264 d SGB VI. Danach wurde der Minderungszeitraum stufenweise angehoben. Um das 60. beziehungsweise 63. Lebensjahr als Beginn und Endzeitpunkt für den Minderungszeitraum zu erhalten, galt eine Wartezeit von 35 Jahren statt nunmehr 40 Jahren mit den genannten Zeiten.

5.3 Rentenzuschlag bei den Erwerbsminderungsrenten - Hinweise

Wer hat Anspruch auf einen Zuschlag?

Grundsätzlich erhalten die Rentnerinnen und Rentner einen Zuschlag, deren Erwerbsminderungsrente in der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat.

Der Zuschlag wird gezahlt, wenn am 30. Juni 2024 ein Anspruch bestand auf:

- 1. eine Rente wegen Erwerbsminderung, die in der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat, oder
- 2. eine Rente wegen Alters, die unmittelbar an eine Rente wegen Erwerbsminderung nach Nummer 1 anschließt, oder
- 3. eine Hinterbliebenenrente, die unmittelbar an eine Rente wegen Erwerbsminderung nach Nummer 1 oder an eine Rente wegen Alters nach Nummer 2 anschließt, oder

- 4. eine Hinterbliebenenrente, die in der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat, und der verstorbene Versicherte unmittelbar vor Beginn der Hinterbliebenenrente keine eigene Rente bezog und am Todestag höchstens 65 Jahre und acht Monate alt war, oder
- 5. eine Erziehungsrente, die in der Zeit von Januar 2001 bis Dezember 2018 begonnen hat, oder
- 6. eine Rente wegen Alters, die unmittelbar an eine Erziehungsrente nach Nummer 5 anschließt.

Ausnahme: Wer neben einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Verletztenrente aus der Unfallversicherung bezieht, bekommt unter Umständen keinen Zuschlag (siehe Frage "Meine Rente wird aufgrund einer Verletztenrente aus der Unfallversicherung gekürzt. Erhalte ich einen Zuschlag?").

Meine Rente wegen Erwerbsminderung wurde ab Juli 2024 in eine Altersrente umgewandelt. Der bislang gezahlte Zuschlag wurde mir nicht mehr ausgezahlt. Habe ich meinen Anspruch auf den Zuschlag verloren?

Nein. Der Zuschlag ist weiterhin zu zahlen, wenn auf eine Rente wegen Erwerbsminderung mit einem Zuschlag eine Altersrente folgt. Aus technischen Gründen kann es aber nach einer Umwandlung bei der erstmaligen Zahlung des Zuschlags zur Altersrente zu einer Verzögerung kommen. Die Zahlung des Zuschlags muss neu angewiesen werden. Ausstehende Zahlungen werden selbstverständlich nachgezahlt.

5.4 Maschinelle Umwandlung der Renten wegen Erwerbsminderung in Regelaltersrenten

Seit dem 12.06.2023 hat sich das Verfahren zur Umwandlung einer Rente wegen Erwerbsminderung in eine Regelaltersrente geändert. Ist das Versicherungskonto fehlerfrei und liegen auch sonst keine Ausschlussgründe vor, wie zum Beispiel: die Akte ist gerade in Bearbeitung oder beitragspflichtige Einnahmen liegen bis zum Vorjahr des Rentenbeginns der Regelaltersrente vor. erhalten die Versicherten ein Anschreiben mit einem Zugangscode. In diesem Anschreiben ist genau erklärt, welche Seite der Rentenversicherung im Internet aufzurufen ist, diese Seite ist über einen Kurzlink erreichbar. Um dieses Zugangscodeverfahren nutzen zu können, ist keine Registrierung der beziehungsweise des Versicherten nötig. Durch den Zugangscode allein erfolgt genau zu diesem eigenen Versicherungskonto die Verbindung. Ist die richtige Seite gefunden und wird der Zugangscode eingegeben, erfolgt die Weiterleitung zum Formular R1199. In diesem Formular ist die Frage nach einer eventuell hinzugetretenen Unfallrente zu beantworten. Die Frage ist daher wichtig, weil der Unfall nach Eintritt der Erwerbsminderung eingetreten sein kann und daher zwar bei der Erwerbsminderungsrente nicht zur Anrechnung kommt, aber bei der nachfolgenden Regelaltersrente zu berücksichtigen ist. Das Formular R1199 steht nur in diesem Verfahren zur Verfügung, nicht im Verfahren eAntrag.

Erfolgt die Antwort der betreffenden Person über den Zugangscode und wird die Frage nach der Unfallrente verneint, erfolgt die vollmaschinelle Berechnung ohne Einschaltung der Sachbearbeitung. Wird die Frage dagegen bejaht, erfolgt die Vorlage bei der Sachbearbeitung.

Reagiert die angeschriebene Person nicht, wird auch die vollmaschinelle Umwandlung durchgeführt. Treten dabei Ausschlussgründe oder Fehler auf, erfolgt die Vorlage bei der Sachbearbeitung.

Kommt das maschinelle Verfahren mit dem Zugangscode nicht in Frage, weil entsprechende Ausschlussgründe vorliegen, verbleibt es beim alten Verfahren. Das bedeutet, es ist in diesen Fällen weiterhin der Vordruck R0110 (verkürzter Antrag auf Versichertenrente) zu verwenden und die Vorlage erfolgt in der Sachbearbeitung.

Mit dem vollmaschinellen Verfahren soll eine Entlastung der Sachbearbeitung erreicht werden, aber auch für die Versicherten ist es eine spürbare Erleichterung, auf digitalem Weg die Rente zu erhalten, ohne umfangreiche Anträge ausfüllen zu müssen oder sich um einen Termin bei den antragsaufnehmenden Stellen bemühen zu müssen.

6 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2 Ost- West- Angleichung

Abbildung 3 Höherer Steueranteil für Neurentner

Abbildung 4 Beitragsabzug zur Pflegeversicherung -Beitragssätze ab 01.01.2025

Abbildung 5 Es bleibt spannend...

Abbildung 6 Nicht neu, aber trotzdem interessant

Abbildung 7 Nicht neu, aber trotzdem interessant